

# „Das Kapital frisst die Zukunft“

**SPIEGEL-Gespräch** Wohin treibt der Kapitalismus im 21. Jahrhundert? Der französische Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty über die wachsende Konzentration der Vermögen

**SPIEGEL** Herr Piketty, der Titel Ihres Buchs erinnert an einen Klassiker. Sind Sie der Karl Marx unserer Zeit?

**Piketty** Keineswegs. Der Titel klingt tatsächlich etwas waghalsig, man möge mir verzeihen. Ich versuche, die Analyse des Kapitals in eine historische Perspektive zu rücken. Das Werk von Karl Marx ist viel theoretischer, er denkt in abstrakten Begriffen, das macht seine Lektüre sperrig. Ich glaube, dass sich mein Buch leichter lesen lässt.

**SPIEGEL** Dennoch nehmen Sie sich für das 21. Jahrhundert vor, was Marx für das 19. leistete: die Dynamik des Kapitals auf ihre innere Gesetzmäßigkeit hin zu untersuchen. Zu welcher Diagnose kommen Sie?

**Piketty** Marx sagte dem Kapitalismus ein apokalyptisches Ende voraus. Der Untergang sei unvermeidlich, die Bourgeoisie produziere ihren eigenen Totengräber. Ich dagegen misstraue solch ökonomischem und historischem Determinismus. Mehrere Entwicklungen sind denkbar. Trotzdem lässt sich aus der Geschichte so etwas wie ein allgemeines Gesetz herauslesen.

**SPIEGEL** Und das wäre?

**Piketty** Die Rendite des Kapitals übertrifft auf Dauer die Wachstumsrate der Wirtschaft. Das ist die historische Norm. Sie zeichnet sich schon lange vor der industriellen Revolution ab. Die fundamentale Intuition von Marx besteht darin, das Prinzip der unendlichen Akkumulation und Konzentration des Kapitals erkannt zu haben. Dieser Prozess beschleunigt sich umso mehr, je geringer das Wirtschaftswachstum ausfällt.

**SPIEGEL** Das ist der innere Widerspruch des Kapitalismus, der bei Marx im großen Knall endet.

**Piketty** Ich komme zu einer anderen Schlussfolgerung. Marx unterschätzte das Wachstumspotenzial, das durch die Erhöhung der Produktivität und die Zunahme der Bevölkerung freigesetzt wird. Solange die Produktivität steigt, kann auch die Akkumulation des Kapitals weitergehen, ohne dass diese Entwicklung ihre eigene Grundlage zerstört, wie Marx prophezeite. Ich behaupte, dass die Katastrophe, die wir fürchten müssen, nicht ökonomisch ist, sondern politisch.

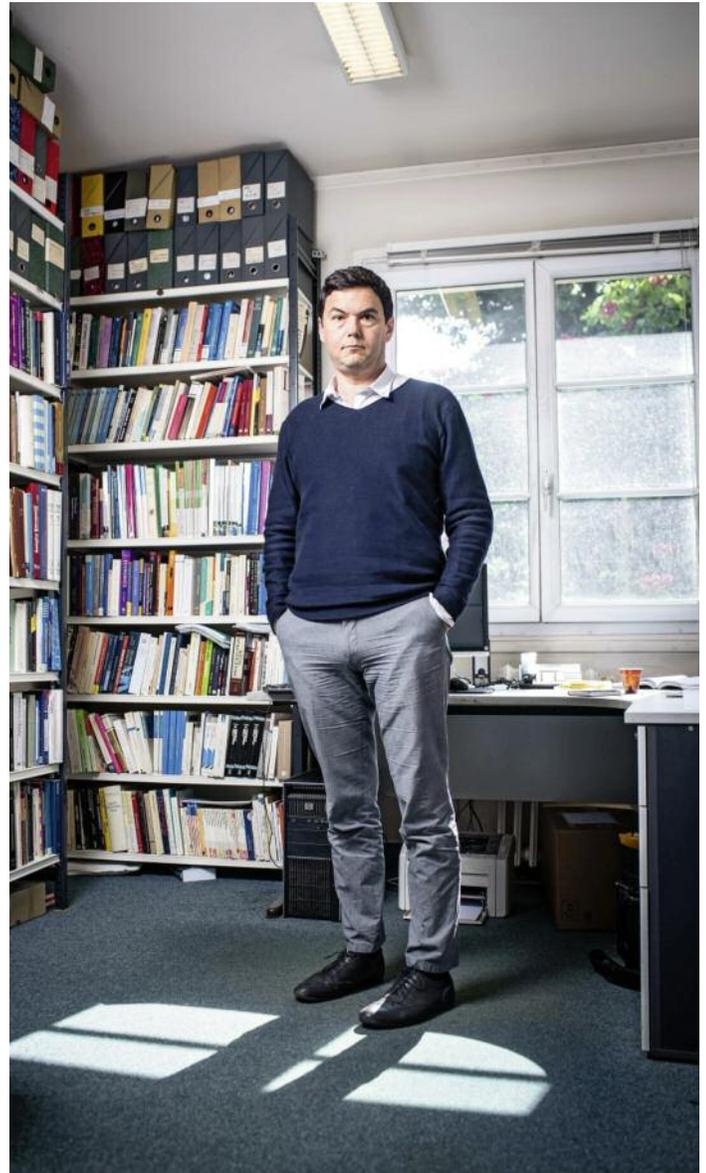
**SPIEGEL** Inwiefern?

**Piketty** Die Kapitalanhäufung führt zu immer größeren Ungleichheiten in der Gesellschaft, die als Ungerechtigkeit empfunden werden und deshalb destabilisierend wirken. Wenn die Rendite des Kapitals

**Thomas Piketty**, 42, ist Professor an der École d'économie de

Paris und ein international anerkannter Spezialist für Forschungen zur Einkommens- und Vermögensverteilung.

In seinem neuen Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ warnt er vor der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich in den westlichen Industrienationen\*. Seine Vorschläge einer globalen Besteuerung des privaten Reichtums zur Bekämpfung der Ungleichheit haben in Europa und den USA eine heftige Debatte ausgelöst.



vier bis fünf Prozent beträgt, was dem typischen Durchschnittswert entspricht, die Wirtschaft aber nur mit einem Prozent im Jahr wächst, nimmt die anfängliche Ungleichheit rasend schnell zu. Unsere demokratischen Gesellschaften stützen sich jedoch auf das Leistungsprinzip oder zumindest auf die Hoffnung darauf, dass Leistung gerecht belohnt wird.

**SPIEGEL** Und alle gleiche Chancen haben.

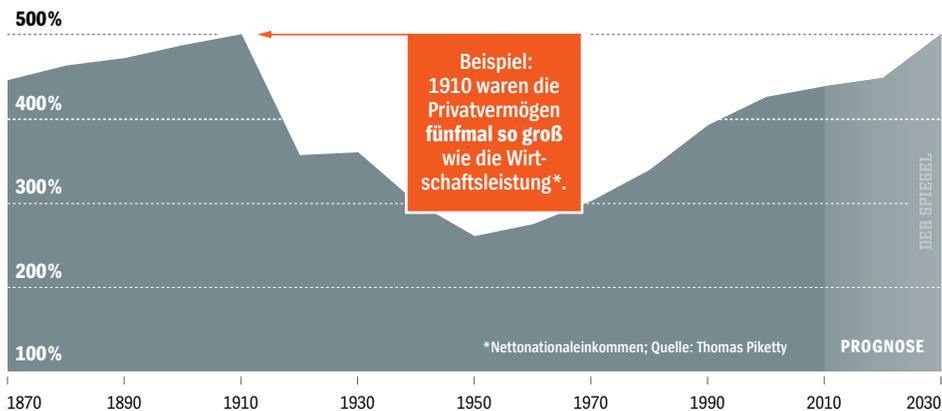
**Piketty** Der Demokratie liegt der Glaube an eine Gesellschaft zugrunde, in der die

soziale Ungleichheit vor allem auf Leistung und Arbeit beruht, nicht auf Abstammung, Erbe und Kapital. In der Demokratie gerät sonst die proklamierte Gleichheit der Rechte aller Bürger in schreienden Gegensatz zur real existierenden Ungleichheit der Lebensverhältnisse. Ohne rationale Rechtfertigung lässt sich diese Ungleichheit nicht ertragen. Deshalb verkündet die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 in ihrem ersten Artikel, dass soziale Unterschiede nur im allgemeinen Nutzen begründet sein dürfen. Es ist kein Zufall, dass „Rentier“ oder „Couponschneider“ heute Schimpfwörter sind für Personen, die vom

\* Thomas Piketty: „Le capital au XXI<sup>e</sup> siècle“. Editions du Seuil, Paris; 976 Seiten; circa 25 Euro.

## Dominanz des Kapitals

Weltweite Privatvermögen, gemessen an der Wirtschaftsleistung\*



Ertrag ihres Kapitals leben statt vom Ertrag ihrer Arbeit.

**SPIEGEL** In der Belle Époque des ausgehenden 19. Jahrhunderts erschien der Rentier geradezu als bourgeois Ideal.

**Piketty** Das kann man in den Romanen von Jane Austen oder Honoré de Balzac nachlesen. Entscheidend ist, dass die ökonomische, technologische und kapitalistische Rationalität nichts mit der demokratischen Rationalität zu tun hat. Demokratie und soziale Gerechtigkeit erfordern andere Institutionen und Mechanismen als die Marktwirtschaft. Es ist eine gefährliche Illusion zu glauben, die Demokratie würde der wirtschaftlichen Entwicklung folgen. Denn der freie Wettbewerb führt eben nicht zu einer reinen Leistungsgesellschaft, in der alle gleiche Aufstiegschancen haben. Die ökonomischen Kräfte, die die Konzentration des Kapitals vorantreiben, sind beständig am Werk.

**SPIEGEL** Die demokratischen Gesellschaften Europas und der USA haben doch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts deutlich mehr wirtschaftliche Gleichheit geschaffen. Das Ergebnis sind der Sozialstaat und die Existenz einer breiten Mittelschicht.

**Piketty** Die beide heute plötzlich wieder gefährdet scheinen. Wir wissen nicht, wie weit die Ungleichheit voranschreiten wird. Es gibt keine natürliche Grenze für die Konzentration des Kapitals. Wir können sehr wohl wieder zu einer Vermögensverteilung zurückkommen, wie sie vor dem Ersten Weltkrieg in Europa üblich war – und das wäre mit unserer Auffassung von Demokratie nicht vereinbar.

**SPIEGEL** Sind wir denn schon auf dem Weg dahin?

**Piketty** Die Anzeichen sind jedenfalls alarmierend. In den Jahren um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert waren die Privatvermögen in Europa sechs- bis siebenmal so groß wie das jährliche Nationaleinkommen. Heute sind sie vier- bis sechsmal so hoch, in Deutschland etwas

weniger als in Großbritannien, Frankreich oder Italien. Aber die Tendenz zeigt klar nach oben.

**SPIEGEL** Die Mehrung des Vermögens ist doch an sich eine schöne Sache. Unsere Gesellschaften werden einfach immer wohlhabender.

**Piketty** Gewiss. Das Problem ist die Verteilung. Vor hundert Jahren besaßen die oberen zehn Prozent der Bevölkerung 90 Prozent des Volksvermögens. Für den Rest der Habenichtse blieb kaum etwas übrig. Heute besitzen die zehn Prozent Reichen um die 60 Prozent der Privatvermögen. 50 Prozent besitzen nichts oder wenig, aber dazwischen gibt es die Mittelschicht, deren Entstehung die große soziale Neuhheit des 20. Jahrhunderts war.

**SPIEGEL** Nach Ihrer Rechnung ist das der Beweis, dass etwa 30 Prozent des Kapitals im Laufe des 20. Jahrhunderts umverteilt worden sind, die Ungleichheit also abgenommen hat. Mithin funktioniert die Demokratie.

**Piketty** Moment! Diese gute Nachricht ist nicht die logische Folge der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern das paradoxe Ergebnis der kriegerischen und sozialen Katastrophen von 1914 bis 1945. Der amerikanische Ökonom Simon Kuznets glaubte, dass das wirtschaftliche Wachstum nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, also die Periode des deutschen Wirtschaftswunders oder der Jahre, die man in Frankreich „die 30 glori-



**Piketty beim SPIEGEL-Gespräch\***  
„Verteilung wie im 19. Jahrhundert“

reichen“ nennt, das Problem der Ungleichheit langfristig lösen könne. Das Wachstum sei die steigende Flut, die alle Boote emporhebe, lautete der Glaubenssatz der Zeit. Man verkannte dabei nur, dass die damaligen stolzen Wachstumsraten lediglich dem Nachholbedarf zu verdanken waren, den die Kriegsfolgen geschaffen hatten.

**SPIEGEL** Die Nachkriegszeit war eine historische Ausnahme von der Regel, zu der wir längst zurückgekehrt sind? Was lässt sich denn gegen die potenziell bedrohliche Konzentration des Kapitals tun, wenn so hohe Wachstumsraten in den entwickelten westlichen Gesellschaften nicht mehr zu erzielen sind?

**Piketty** Die europäische Wiederaufholphase ging in den siebziger Jahren zu Ende. Um 1980 hatte die Produktivität pro Arbeitsstunde in Deutschland, Frankreich, den USA praktisch das gleiche Niveau erreicht. Sicherlich bestehen nationale Unterschiede von Land zu Land fort, je nach der eingeschlagenen politischen und industriellen Strategie. Aber aufs Ganze gesehen hat sich das Wachstum bei etwa 1,5 Prozent stabilisiert – ziemlich nahe an der Rate, die auch vor 1914 einigermaßen konstant erzielt wurde.

**SPIEGEL** Und sehr viel mehr ist in unseren Volkswirtschaften nicht drin?

**Piketty** Ich sehe keine Möglichkeit, ein jährliches Wachstum von vier bis fünf Prozent zu erzielen, schon gar nicht bei stagnierender oder negativer Demografie. Es wäre auf jeden Fall töricht, darauf zu wetten. Solche Steigerungen wären aber notwendig, um das Gleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit zu erreichen. Ein langfristiges Wachstum von 1 bis 1,5 Prozent jährlich ist in Wirklichkeit schon sehr viel. Auf eine Generation gerechnet, auf 30 Jahre, bedeutet es eine Steigerung der wirtschaftlichen Leistung um ein Drittel bis zur Hälfte. Das stellt jede Gesellschaft vor eine beträchtliche Herausforderung, mit dem Zwang einer ständigen Anpassung.

**SPIEGEL** Kann uns die Konzentration des Reichtums nicht egal sein, solange die Masse der Bevölkerung einen Job findet und der Lohn ihr ein halbwegs ordentliches Auskommen beschert?

**Piketty** Noch ist die Ungleichheit nicht das Hauptproblem in Europa, sondern die Arbeitslosigkeit. In den USA sieht es etwas anders aus, dort hat die Ungleichheit in den letzten 30 Jahren sehr viel stärker zugenommen. Wir haben es in Europa mit einem mehrfachen Problem zu tun: der Reform und der Modernisierung des Sozialstaats – da hat Frankreich verglichen mit Deutschland einen erheblichen Rückstand –, der Sicherstellung eines nachhaltigen Wachstums zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Staatsschuldenkrise und letztlich auch der

\* Mit Redakteur Romain Leick in Pikettys Büro in Paris.

Notwendigkeit einer fiskalischen Umverteilung.

**SPIEGEL** Die Reichensteuer als Mittel zur Bekämpfung der Kapitalkonzentration – ist das nicht ein Griff in die Mottenkiste des Klassenkampfes?

**Piketty** Die Behauptung, die Klassengesellschaft sei überwunden, ist Ausdruck einer trügerischen republikanischen Ideologie. Die französischen Eliten glaubten schon vor dem Ersten Weltkrieg, in der Republik gebe es keine Klassen mehr. Die republikanische Rechte in den USA behauptet heute das Gleiche. Für sie ist schon jeder als Marxist verschrien, der von der Mittelschicht spricht. Deshalb bin ich auch mit meinem Buch als roter Wiedergänger oder als „sanfter“ Marxist in diesen Kreisen geschmäht worden.

**SPIEGEL** Na ja, Ihr Ausblick ist düster, auch wenn Sie nicht den Zusammenbruch des Kapitalismus und die Revolution des Proletariats prognostizieren.

**Piketty** Ich war 18, als in Berlin die Mauer fiel. Ich bin lebenslänglich geimpft gegen einen gedankenlosen antikapitalistischen Diskurs, der intellektuell zu träge ist, um die Gründe seines historischen Scheiterns klar zu erkennen. Mich empört nicht die Ungleichheit an sich, mich interessiert die Frage der sozialen Gerechtigkeit in einem modernen demokratischen Rechtsstaat.

**SPIEGEL** Wie lässt sich diese Gerechtigkeit denn herstellen, wenn die dem Kapitalismus innewohnende Dynamik in die entgegengesetzte Richtung strebt?

**Piketty** Wir müssen dafür sorgen, dass die Vergangenheit nicht die Zukunft auffrisst. Wenn ein beträchtlicher Kapitalstock einmal in den Händen einer Minderheit ist, wird das vererbte Vermögen tendenziell wichtiger als das erarbeitete. Dieser Prozess verstärkt sich selbst. Weder ist er ökonomisch sinnvoll noch sozial und politisch verträglich.

**SPIEGEL** Was schlagen Sie vor?

**Piketty** Eine progressive Steuer auf das Nettokapital in Privatbesitz. Sie könnte die kleinen Vermögen der Mittelschicht verschonen und die großen maßvoll belasten.

**SPIEGEL** Das klingt einfach, wäre aber schwer durchzusetzen.

**Piketty** Natürlich würde das Kapital versuchen, vor der Steuer zu fliehen. Das ideale Instrument wäre deshalb eine globale Kapitalsteuer auf der Grundlage einer größtmöglichen Transparenz der internationalen Finanzmärkte.

**SPIEGEL** Eine Utopie.

**Piketty** Aber eine positive, eine nützliche Utopie. Sie kann die Richtung zeigen, in die wir gehen sollten. Sie könnte nach und nach umgesetzt werden, man muss ja irgendwo anfangen. Die EU und die USA erwirtschaften zusammen fast die Hälfte des globalen Bruttoinlandsprodukts. Beide haben Verhandlungen über ein Freihand-

delsabkommen vereinbart. Darin ließen sich auch ein automatischer Informationsaustausch über Finanztransaktionen und Elemente einer Kapitalsteuer einbeziehen. Das Ziel wäre so etwas wie die Erstellung eines internationalen Vermögenskatasters.

**SPIEGEL** An welche Steuersätze denken Sie?

**Piketty** Deren Festsetzung wäre eine Aufgabe der Politik. Mehrere Modelle sind denkbar. So könnte man individuelle Nettovermögen bis zu einer Million Euro steuerfrei belassen, ein Prozent auf Vermögen

ANZEIGE

den Staat, sondern die Regulierung des Kapitalismus. Die Gesamtsteuerlast ist zumindest in Westeuropa hoch genug, mit den neuen Einnahmen könnten die Abgaben der Mittelschicht reduziert werden.

**SPIEGEL** Wie optimistisch sehen Sie denn ins 21. Jahrhundert? Kommt es zur sozialen Zerreißprobe, wenn die Ungleichheit und die Kapitalkonzentration in den Händen weniger ungebremst weitergehen?

**Piketty** Die Dynamik des Kapitalismus kennt keine Moralität. Sie entfaltet sich endlos weiter, solange die Institutionen der Demokratie sie nicht regulieren, wenn nötig radikal. Falls unsere Gesellschaften das nicht schaffen, sehe ich die wachsende Versuchung eines nationalen Rückzugs voraus. Sie ist jetzt schon im Erstarken rechtspopulistischer Bewegungen in Europa deutlich zu erkennen. Die öffentliche Meinung und mit ihr die Politik sind ständig in Gefahr, Sündenböcke auszumachen. Das können die Migranten sein oder die bösen Nachbarn, zum Beispiel Deutschland von Griechenland, Italien oder Frankreich aus gesehen. Oder die großen Mächte wie die USA oder China.

**SPIEGEL** Kann die Suche nach Schuldigen den Zusammenhalt Europas bedrohen?

**Piketty** Mich beunruhigt das sehr. Ich hoffe, dass das europäische Einigungswerk hält und unser Sozialstaatsmodell überlebt. Die EU hätte auf die Finanzkrise seit 2008 sehr viel geschlossener reagieren müssen, auch und vor allem mit einer koordinierten Haushalts- und einer harmonisierten Steuerpolitik, abgesegnet durch eine parlamentarische Kammer der Eurozone.

**SPIEGEL** Wie immer in der EU sind dabei Frankreich und Deutschland gefordert.

**Piketty** Wir befinden uns in der Mitte der Furt. Es reicht nicht, sich mit der Währungsunion in ihrem jetzigen prekären Zustand zufriedenzugeben. Wir müssen uns auf eine politische und fiskalische Union zubewegen.

**SPIEGEL** Auch auf eine Vergemeinschaftung der Schulden, für Deutschland ein Tabu?

**Piketty** Sicherlich auf ein Zusammenfassen der Staatsschulden der Euromitglieder in einem gemeinsamen Fonds, wobei jeder für seinen Schuldenanteil, den er in diesen Fonds einbringt, verantwortlich bleibt. Mir scheint, dass man Deutschland in Europa, auch in Frankreich, zu gern in die Rolle des idealen Schuldigen einsperrt, der es angeblich an Solidarität fehlen lässt. Im Grunde scheint mir Frankreich mit seinem Zaudern vor dem Schritt in eine politische Union das größere Hindernis zu sein. Das ist meine optimistische Vision Deutschlands für die Konstruktion eines echten europäischen Föderalismus. Ich misstraue dem französischen Souveränismus mehr als dem angeblichen deutschen Egoismus.

**SPIEGEL** Herr Piketty, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.